

Sitzung vom

8. Februar 2022

Mitgeteilt den

9. Februar 2022

Protokoll Nr.

97/2022

Auftrag Wilhelm

betreffend rascher Abbau von regulatorischen Hürden beim Förderprogramm im Bereich von Wärmeerzeugungsanlagen

Antwort der Regierung

Die Regierung hat das teilrevidierte Energiegesetz des Kantons Graubünden (BEG; BR 820.200) per 1. Januar 2021 in Kraft gesetzt. Die darin enthaltenen Fördertatbestände (Art. 18 ff. BEG) bezwecken die kantonale Mitfinanzierung von Vorhaben, die insbesondere einer nachhaltigen Energienutzung oder dem Energiesparen dienen. Die Förderprogramme des Kantons sind seit Jahren praxiserprobt und haben sich bewährt. Tausende unterschiedliche Projekte wurden durch die öffentliche Hand finanziell unterstützt und fristgerecht abgewickelt (auch grosse Fernwärmeprojekte wie in Disentis/Mustér, Chur Nord, Landquart, Ilanz/Glion, Vals und weitere). Diese Projekte konnten problemlos aufgrund der gesetzlichen Regelungen realisiert werden.

Durch die gemäss Auftrag angedachte Verlängerung der Fristen in Art. 28 BEG wird eine erhöhte zeitliche Flexibilität beim Einreichen von Gesuchen im Bereich von Wärmeerzeugungsanlagen erwartet. Begründet wird dieses Anliegen damit, dass aufgrund der Fristen von Art. 28 BEG die Umsetzung des Aktionsplans Green Deal Graubünden (AGD) behindert werde. Dieser Einschätzung ist nicht zuzustimmen.

Längere Realisierungsfristen bewirken im Ergebnis eine insgesamt verzögerte Umsetzung der jeweiligen Vorhaben und tragen im Konkreten dazu bei, die Förderwirkung abzuschwächen und den Eintritt der Wirkung hinauszuschieben. Einer solchen Verzögerung wirkt Art. 28 BEG mit seiner Fristenregelung entgegen. Dies entspricht auch dem politischen Willen bei der Diskussion des BEG sowie der kürzlich geführten Debatte im Jahr 2021 zum AGD im Grossen Rat.

Rund zwei Drittel der Fördermittel werden durch den Bund alimentiert (sog. Globalbeiträge an die Kantone). Der Bund stellte dem Kanton Graubünden im Jahr 2021 rund 12,5 Mio. Franken Fördermittel zur Verfügung. Zusätzlich stellte der Kanton Graubünden rund 6 Mio. Franken (ohne AGD) bereit. Insgesamt wurden also Beiträge von 18,5 Mio. Franken zugesichert. Damit die Bundesgelder abgeholt werden

können, müssen die Bundesvorgaben erfüllt werden. Diesen gemäss sind die jeweiligen förderwürdigen Projekte jährlich abzurechnen und beträgt die maximale Realisierungsfrist fünf Jahre. Nach Ablauf dieser Frist ist eine Förderzusage vollständig durch den Kanton zu finanzieren. Eine Verlängerung der Fristen hätte somit zur Folge, dass hohe Fördersummen von Bund und Kanton unter Umständen über mehrere Jahre blockiert würden und überdies ungewiss bliebe, ob die blockierten Bundesmittel auch je stets zur Auszahlung gelangen könnten.

Der AGD bezweckt, die Energiewende möglichst schnell zu realisieren. Er soll die drohende Klimaerwärmung bremsen helfen. Die Fristen des BEG und gemäss den Bundesvorgaben unterstützen diese Absicht. Mit der Überweisung des Auftrags würde dieser Absicht entgegengewirkt. Die gemäss Auftrag angedachte Änderung der gesetzlichen Fristen hätte ausserdem eine Ungleichbehandlung gegenüber bereits realisierten Projekten zur Folge. Im Weiteren würde dadurch eine kantonale Rechtslage geschaffen, mit welcher zugesicherte Bundesfördergelder nicht gesichert abholbar würden.

Schliesslich kommt hinzu, dass das Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons Graubünden (Finanzhaushaltsgesetz, FHG; BR 710.100) in Art. 45 Abs. 1 den Grundsatz formuliert, dass die Beitragsgewährung entfällt, wenn der Arbeits- oder Baubeginn vor der Beitragszusicherung erfolgen. Es würde also auch den allgemeinen finanzhaushaltsrechtlichen Bestimmungen widersprechen – und dieser gilt für sämtliche Förderbeiträge im Kanton –, wenn eine Gesuchstellerin oder ein Gesuchsteller vor der kantonalen Förderbeitragszusicherung mit der Realisierung seines Vorhabens beginnen würde. Für besonders gelagerte Fälle sieht die Vollzugspraxis im Rahmen des gesetzlich Zulässigen seit längerem Ausnahmeregelungen vor. Den Erstellern von Fernwärmeprojekten wird beispielsweise gestattet, ihre Vorhaben in Etappen zu realisieren und für jede Etappe ein separates Fördergesuch zu stellen. Die Erfahrung zeigt, dass mit diesem pragmatischen Ansatz die Fördermöglichkeiten des BEG ausgeschöpft werden können.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag abzulehnen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

**Auftrag Wilhelm betreffend rascher Abbau von regulatorischen Hürden beim Förderprogramm im Bereich von Wärme-
meerzeugungsanlagen**

Im Oktober 2021 brachte der Grosse Rat den Aktionsplan Green Deal für Graubünden (AGD) auf den Weg, um die Treibhausgasemissionen bis 2050 auf Netto Null zu reduzieren. Bereits ab dem laufenden Dezember wurden die Förderbeiträge für Gebäudesanierungen sowie für den Ersatz von bestehenden Elektro-, Öl- und Gasheizungen erhöht. Das ist erfreulich und hilft nicht nur dem Klima, sondern auch dem Bündner Gewerbe.

Einem raschen Umbau auf erneuerbare Wärmeversorgung stehen kurzfristig allerdings teilweise regulatorische Hürden im Weg, welche rasch abbaubar sind. Das heutige BEG etwa macht die Zusicherung von Beiträgen für Neubauten und Ersatzbauten mit Vorbildcharakter davon abhängig, dass mit der Ausführung erst nach der Zusage begonnen werden darf und dass die Gültigkeitsdauer auf zwei Jahre beschränkt ist, mit der Möglichkeit, diese Frist um höchstens ein Jahr zu verlängern (Art. 28 BEG).

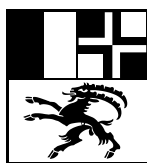
Zum Zeitpunkt dieser Gesetzesformulierung orientierte sich der Grosse Rat einerseits an Einzelbauten oder an Grossprojekten. Die heutige Realität, dass ganze Quartiere mit einem Verteilnetz aus erneuerbarer Energie versorgt werden könnten, war damals noch nicht absehbar. In der Zwischenzeit wissen wir: Heute und in Zukunft steht die Clusterbildung von grösseren Siedlungsgebieten für die Wärmeversorgung im Vordergrund. So können ganze Quartiere effizient erschlossen werden. Das setzt aber meist grössere Vorinvestitionen voraus, die weit über die zeitliche Beschränkung von zwei Jahren, meist erst über mehrere Jahre hin abgeschlossen sein werden.

Die zeitliche Beschränkung der Beitragsleistung auf zwei Jahre widerspricht dieser Entwicklung und damit auch den Zielen gemäss dem AGD. Es braucht rasch eine Regelung, die entweder die Fristen verlängert oder die Fristen – je nach Wärmeversorgungsprojekt – sogar offenlässt. Nur so wird es wirtschaftlich möglich sein, dass Projekte mit erneuerbarer Energie mit vorausgehend grösseren Investitionen getätigt werden und die gebäudeseitigen Einzelanschlüsse im Verlaufe von mehreren Jahren vorgenommen werden. Damit das Ziel der Treibhausgasreduktion Erfolg hat, braucht es die zeitliche Flexibilität für die Zusicherung von Förderbeiträgen.

In diesem Sinne wird die Regierung beauftragt, dem Grossen Rat umgehend eine Anpassung von Art. 28 BEG vorzulegen, um regulatorische Hürden beim Förderprogramm im Bereich von Wärmeerzeugungsanlagen abzubauen und sinnvolle Förderbeiträge zugunsten erneuerbarer Wärmeerzeugung auch bei den Clusterbildungen bereits in der ersten Etappe des Aktionsplans «Green Deal Graubünden» auszulösen.

Chur, 8. Dezember 2021

Wilhelm, Maissen, Marti, Atanes, Baselgia-Brunner, Berther, Berweger, Bigliel, Brandenburger, Buchli-Mannhart, Cahenzli-Philipp, Caluori, Casty, Casutt-Derungs, Caviezel (Chur), Clalüna, Cramer, Danuser, Degiacomi, Deplazes (Rabius), Dürler, Ellemunter, Engler, Epp, Favre Accola, Florin-Caluori, Flüttsch, Föhn, Gartmann-Albin, Geisseler, Gort, Grass, Gugelmann, Hardegger, Hartmann-Conrad, Hofmann, Hohl, Holzinger-Loretz, Horrer, Jochum, Kappeler, Kasper, Kienz, Koch, Kunfermann, Kuoni, Lamprecht, Loepfe, Loi, Michael (Castasegna), Mittner, Müller (Felsberg), Müller (Susch), Natter, Niggli (Same-dan), Noi-Togni, Papa, Paterlini, Perl, Preisig, Rettich, Rüegg, Rutishauser, Sax, Schmid, Schutz, Schwärzel, Tanner, Thomann-Frank, Thür-Suter, Tomaschett (Chur), Tomaschett-Berther (Trun), Ulber, Valär, von Ballmoos, Waidacher, Widmer (Felsberg), Widmer-Spreiter (Chur), Wieland, Brändli Capaul, Conrad-Roner, Fasani-Horath, Fetz, Pajic, Spadarotto, Stocker



Sesida dals

8 da favrer 2022

Communitgà ils

9 da favrer 2022

Protocol nr.

97/2022

Incumbensa Wilhelm

concernent l'eliminaziun svelta dals obstachels regulatorics dal program da promoziun en il sector d'indrizz da produenziun da chalur

Resposta da la Regenza

Per il 1. da schaner 2021 ha la Regenza mess en vigur la revisiun parziala da la Lescha d'energia dal chantun Grischun (LEG; DG 820.200). Ils causals da promoziun cuntegnids en tala (art. 18 ss. LEG) han l'intent ch'il chantun cofinanzieschia projects che servan en spezial ad utilisar l'energia en moda persistenta u a spargnar energia. Ils programs da promoziun dal chantun èn vegnids applitgads en la pratica ed èn sa cumprovads. Millis differents projects èn vegnids sustegnids cun daners dal maun public e liquidads entaifer il termin previs (er gronds projects da chalur a distanza sco a Mustér, a Cuir Nord, a Landquart, a Glion, a Val S. Pieder ed en auters lieus). Quests projects han pudì vegnir realisads senza problems sin fundament da las regulaziuns legalas.

Tras la prolungaziun dals termins en l'art. 28 LEG, che vegn proponida en l'incumbensa, vegni spetgà dapli flexibilitad temporal per inoltrar dumondas en il sector da stabiliments da produenziun da chalur. Motivada vegn questa proposta cun il fatg che la realisaziun dal Plan d'acziun Green Deal per il Grischun» (AGD) vegnia impedita pervia dals termins da l'art. 28 LEG. Questa valitaziun na po betg vegnir sustegnida.

Termins da realisaziun pli lungs effectueschan ch'ils projects respectivs vegnan realisads tut en tut cun retard ed han concretamain per consequenza che l'effect da la promoziun vegn indeblì e che l'entrada da l'effect vegn spustada. In tal retardament vegn impedì tras l'art. 28 LEG cun sia regulaziun dals termins. Quai correspunda er a la voluntad politica exprimida a chaschun da la discussiun da la LEG e dacurt – l'onn 2021 – durant la debatta dal Cussegl grond davart il AGD.

Var dus terzs dals meds da promoziun vegnan alimentads tras la Confederaziun (uschenumnadas contribuziuns globalas als chantuns). La Confederaziun ha mess a disposiziun al chantun Grischun l'onn 2021 meds da promoziun en l'autezza da circa 12,5 milliuns francs. Ultra da quai ha il chantun Grischun deliberà var 6 milliuns

francs (senza AGD). Tut en tut èn pia vegnidas garantidas contribuziuns da 18,5 milliuns francs. Per pudair retrair ils daners federals ston vegnir ademplidas las prescripziuns federalas. Quellas prevesan ch'i sto vegnir fatg giu quint mintga onn per ils projects degns da vegnir promovids e che la durada da realisaziun importa maximalmain 5 onns. Suenter la scadenza da quest termin sto ina garanzia da promoziun vegnir finanziada cumplainamain dal chantun. Ina prolungaziun dals termins avess pia per consequenza che grondas summas da promoziun da la Confederaziun e dal chantun vegnissan eventualmain bloccadas durant plirs onns e ch'i restass ultra da quai intschert, sch'ils meds finansials federals bloccads pudessan insumma vegnir pajads ora insacura.

Il AGD ha l'intent da realisar la vieuta energetica uschè svelt sco pussaivel. El duai gidar a franar la stgaurada smanatschanta dal clima. Ils termins cuntegnids en la LEG ed en las prescripziuns federalas sustegnan questa intenziun. Sche l'incumbensa qua avant maun vegniss acceptada, vegniss impedida questa intenziun. La mida da dals termins legals, che vegn proponida en l'incumbensa, chaschunass ultra da quai in tractament inegal envers projects gia realisads. Plinavant vegniss stgaffida qua tras ina situaziun giuridica chantunala, en la quala i fiss intschert, sche daners da promoziun garantids da la Confederaziun pudessan vegnir retratgs.

Vitiers vegn la finala il princip da l'art. 45 al. 1 da la Lescha da finanzas dal chantun Grischun (Lescha da finanzas, LFC; DG 710.100): tenor quel scada il dretg da survegnir contribuziuns, sche las lavurs u la construcziun vegnan cumenzadas avant la garanzia da la contribuziun. I cuntrafaschess pia er a las disposiziuns generalas dal dretg da finanzas – las qualas valan per tut las contribuziuns da promoziun en il chantun –, sch'ina petenta u in petent cumenzass a realisar ses project avant la garanzia da la contribuziun chantunala da promoziun. Per cas cun constellaziuns spezialas prevesa la pratica executiva gia pli ditg regulaziuns excepziunalas en il rom da las pussaivladads legalas admissiblas. Per projects da chalur a distanza vegni per exempel permess da realisar ils projects en etappas e d'inoltrar ina dumonda da promoziun separada per mintga etappa. L'experientscha mussa che las pussaivladads da promoziun da la LEG pon vegnir exauridas tras questa metoda pragmatica.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond da refusar questa incumbensa.



En num da la Regenza

Il president:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "M. Caduff".

Marcus Caduff

Il chancelier:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "D. Spadin".

Daniel Spadin

Incumbensa Wilhelm concernent l'eliminaziun svelta dals obstachels regulatorics dal program da promoziun en il sectur d'indrizz da produenziun da chalur

L'october 2021 ha il Cussegl grond mess sin via il Plan d'acziun Green Deal per il Grischun (AGD) per reducir las emissiuns da gas cun effect da serra fin l'onn 2050 a netto nulla. Gia a partir dal december current è vegnidas auzadas las contribuziuns da promoziun per sanar edifizis sco er per remplazzar stgauraments electric, d'iel e da gas existents. Quai è allegraivel e na gida betg mo il clima, mabain er la mastergnanza grischuna.

Ina midada svelta ad in providiment da chalur regenerabla vegn dentant per part franada a curta vista tras obstachels regulatorics ch'èn svelti decumponibels. Tenor la Lescha d'energia actuala dal chantun Grischun (LEG) vegnan per exempel concedidas contribuziuns per edifizis novs e cumpensatorics cun caracter exemplaric mo sut la cundiziun ch'i vegnia cumenzà cun la realisaziun dal project pir sunter avair survegnì il consentiment. Plinavant importa la validitad da las contribuziuns da promoziun 2 onns, e questa validitad po vegnir prolungada per maximalmain 1 onn (art. 28 LEG).

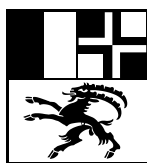
Cur che questa lescha è vegnida formulada, s'orientava il Cussegl grond d'ina vart ad edifizis singuls u projects gronds. La realitad actuala, che entirs quartiers pudessan vegnir providids cun energia regenerabla sur ina rait da distribuziun, n'era anc betg previsibla quella giada. En il fratemp savain nus: Oz ed en l'avegnir stat la furnaziun da clusters da territoris d'abitadi pli gronds en il center per il providiment da chalur. Uschia pon entirs quartiers vegnir colliads en moda effizienta. Quai premetta dentant normalmain investiziuns preliminaras pli grondas che vegnan ad esser terminadas ditg sunter la limitaziun da dus onns, per il solit pir sunter plirs onns.

La limitaziun da dus onns per il pajament da contribuziuns cuntrafa a quest svilup ed uschia er a las finamiras dal AGD. I dovra svelti ina regulaziun che prolunghescha ils termins u che lascha – tut tenor il project da providiment da chalur – schizunt avert ils termins. Mo uschia vegni ad esser economicamain pussaivel da realisar projects d'energia regenerabla cun investiziuns preliminaras pli grondas e d'installar ils attatgs dals singuls edifizis en il decurs da plirs onns. Per che la finamira da la reduenziun da gas cun effect da serra haja success, dovri la flexibilitad temporal per garantir contribuziuns da promoziun.

En quest senn vegn la Regenza incumbensada da sutmetter immediatamain al Cussegl grond in'adattaziun da l'art. 28 LEG per eliminar ils obstachels regulatorics dal program da promoziun en il sectur d'indrizz da produenziun da chalur e per pudair conceder contribuziuns da promoziun raschunavlas a favur da la produenziun da chalur regenerabla er tar las furnaziuns da clusters gia durant l'emprima etappa dal Plan d'acziun «Green Deal».

Cuira, ils 8 da december 2021

Wilhelm, Maissen, Marti, Atanes, Baselgia-Brunner, Berther, Berweger, Bigliel, Brandenburger, Buchli-Mannhart, Cahenzli-Philipp, Caluori, Casty, Casutt-Derungs, Caviezel (Cuira), Clalüna, Cramerli, Danuser, Degiacomi, Deplazes (Rabius), Dürler, Ellemunter, Engler, Epp, Favre Accola, Florin-Caluori, Flüttsch, Föhn, Gartmann-Albin, Geisseler, Gort, Grass, Gugelmann, Hardegger, Hartmann-Conrad, Hofmann, Hohl, Holzinger-Loretz, Horrer, Jochum, Kappeler, Kasper, Kienz, Koch, Kunfermann, Kuoni, Lamprecht, Loepfe, Loi, Michael (Castasegna), Mittner, Müller (Favugn), Müller (Susch), Natter, Niggli (Same-dan), Noi-Togni, Papa, Paterlini, Perl, Preisig, Rettich, Rüegg, Rutishauser, Sax, Schmid, Schutz, Schwärzel, Tanner, Thomann-Frank, Thür-Suter, Tomaschett (Cuira), Tomaschett-Berther (Trun), Ulber, Valär, von Ballmoos, Waidacher, Widmer (Favugn), Widmer-Spreiter (Cuira), Wieland, Brändli Capaul, Conrad-Roner, Fasani-Horath, Fetz, Pajic, Spadarotto, Stocker



Seduta del

8 febbraio 2022

Comunicata il

9 febbraio 2022

Protocollo n.

97/2022

Incarico Wilhelm

concernente la rapida eliminazione degli ostacoli normativi nel quadro del programma di promozione nel settore degli impianti per la produzione di calore

Risposta del Governo

Il Governo ha posto in vigore la legge sull'energia del Cantone dei Grigioni (LGE; CSC 820.200) sottoposta a revisione parziale con effetto al 1° gennaio 2021. Le fattispecie di promozione (art. 18 segg. LGE) previste dalla legge hanno quale scopo il cofinanziamento cantonale di progetti che servono in particolare a uno sfruttamento sostenibile dell'energia o al risparmio energetico. I programmi di promozione del Cantone sono da anni collaudati nella prassi e si sono rivelati validi. Migliaia di progetti diversi sono stati sostenuti finanziariamente dall'ente pubblico ed effettuati entro i termini (anche grandi progetti di teleriscaldamento come a Disentis/Mustér, Coira nord, Landquart, Ilanz/Glion, Vals e altrove). La regolamentazione legislativa ha consentito di realizzare questi progetti senza problemi.

Tramite la proroga dei termini nell'art. 28 LGE proposta dall'incarico si auspica una maggiore flessibilità in termini di tempo per la presentazione di domande nel settore degli impianti per la produzione di calore. Tale richiesta viene motivata dal fatto che l'attuazione del Piano d'azione Green Deal per i Grigioni (PAGD) verrebbe ostacolata dai termini previsti dall'art. 28 LGE. Questa valutazione non può essere condivisa.

Termini di realizzazione più lunghi si traducono in un'attuazione complessivamente tardiva dei singoli progetti e contribuiscono concretamente ad attenuare l'effetto della promozione e a rinviare il verificarsi dell'effetto. L'art. 28 LGE contrasta un ritardo di questo tipo con la sua regolamentazione dei termini. Ciò corrisponde anche alla volontà politica nella discussione riguardante la LGE nonché ai recenti dibattiti del 2021 in Gran Consiglio in relazione al PAGD.

Circa due terzi dei mezzi di promozione vengono finanziati dalla Confederazione (cosiddetti sussidi globali). Nel 2021 la Confederazione ha messo a disposizione del Cantone dei Grigioni mezzi di promozione per circa 12,5 milioni di franchi. Inoltre, il

Cantone dei Grigioni ha messo a disposizione circa 6 milioni di franchi (senza PAGD). In totale sono stati versati quindi sussidi per un valore di 18,5 milioni di franchi. Affinché sia possibile ricevere i fondi federali, le disposizioni federali devono essere soddisfatte. Conformemente a queste ultime, i progetti degni di promozione devono essere conteggiati a cadenza annuale e il termine di realizzazione massimo è di cinque anni. Una volta trascorso questo termine, una conferma della promozione deve essere completamente finanziata dal Cantone. Una proroga dei termini avrebbe quale conseguenza che importanti somme di promozione della Confederazione e del Cantone verrebbero bloccate anche per più anni e inoltre non sarebbe chiaro se i mezzi federali bloccati potrebbero sempre essere erogati.

Lo scopo del PAGD è di realizzare la svolta energetica nel modo più rapido possibile. Il PAGD intende rallentare l'incombente riscaldamento climatico. I termini della LGE sostengono questo intento conformemente alle disposizioni federali. L'approvazione dell'incarico contrasterebbe questo intento. La modifica dei termini legali auspicata dall'incarico comporterebbe inoltre una disparità di trattamento nei confronti dei progetti già realizzati. Inoltre in tal modo si creerebbe una situazione giuridica cantonale in cui non sarebbe garantito l'ottenimento dei fondi di promozione federale garantiti.

Infine, a ciò si aggiunge il fatto che la legge sulla gestione finanziaria del Cantone dei Grigioni (LGF, CSC 710,100) nell'art. 45 cpv. 1 formula il principio secondo cui il diritto al sussidio viene meno se l'inizio dei lavori o della costruzione avviene prima della garanzia del sussidio. Ci si troverebbe quindi in contraddizione anche con le disposizioni generali di diritto in materia di gestione finanziaria, e ciò vale per tutti i sussidi promozionali nel Cantone, se un richiedente iniziasse la realizzazione del proprio progetto prima della garanzia del sussidio promozionale cantonale. Per casi particolari, la prassi d'esecuzione prevede da tempo regolamentazioni d'eccezione nei limiti ammessi dalla legge. Ad esempio, per la realizzazione di progetti di teleriscaldamento è consentito procedere a tappe e presentare una domanda di promozione separata per ciascuna tappa. L'esperienza mostra che con questo approccio pragmatico è possibile sfruttare le possibilità di promozione previste dalla LGE.

A seguito di quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di respingere l'incarico in oggetto.



In nome del Governo

Il Presidente:

Marcus Caduff

Il Cancelliere:

Daniel Spadin

Incarico Wilhelm concernente la rapida eliminazione degli ostacoli normativi nel quadro del programma di promozione nel settore degli impianti per la produzione di calore

A ottobre 2021 il Gran Consiglio ha formulato il Piano d'azione Green Deal per i Grigioni (PAGD) al fine di ridurre le emissioni di gas serra e raggiungere un saldo netto pari a zero entro il 2050. Già a partire dal mese di dicembre in corso, i sussidi promozionali per i risanamenti di edifici nonché per la sostituzione di sistemi di riscaldamento elettrici, a nafta e a gas esistenti sono stati aumentati. Questa è un'ottima notizia e a trarne beneficio non sarà solo il clima, bensì anche l'artigianato grigionese.

Tuttavia, il rapido passaggio all'approvvigionamento di calore con energie rinnovabili è rallentato a breve termine da ostacoli normativi che si possono eliminare rapidamente. La LGE attuale, ad esempio, fa dipendere la garanzia di sussidi per nuovi edifici ed edifici sostitutivi con carattere esemplare dal fatto che si possa iniziare la realizzazione del progetto solo dopo l'autorizzazione e che la durata di validità si limiti a due soli anni, con possibilità di proroga per al massimo un anno (art. 28 LGE).

Al momento della formulazione di questa legge, il Gran Consiglio si orientava su edifici singoli o grandi progetti. La realtà di oggi, con interi quartieri che potrebbero essere alimentati da una rete di distribuzione alimentata con energia rinnovabile, non era ancora prevedibile allora. Nel frattempo abbiamo appreso che la realizzazione di cluster di aree di insediamento di maggiori dimensioni è in primo piano in fatto di approvvigionamento di calore, per oggi e per il futuro. In questo modo è possibile allacciare interi quartieri in modo efficiente. Tuttavia, quasi sempre la premessa sono grandi investimenti preliminari. Di conseguenza, l'allacciamento alla rete si verificherà ben oltre il limite temporale di due anni, spesso dopo diversi anni.

Il limite temporale di due anni per la garanzia dei sussidi si contrappone a questo sviluppo e anche agli obiettivi conformemente al PAGD. Occorre urgentemente una regolamentazione che prolunghi i termini o che, a seconda del progetto di approvvigionamento del calore, li lasci addirittura aperti. Solo così sarà economicamente possibile attuare i progetti con energia rinnovabile con maggiori investimenti preliminari e realizzare i singoli allacciamenti agli edifici nel corso di più anni. Affinché l'obiettivo della riduzione dei gas serra abbia successo occorre concedere la flessibilità temporale per la garanzia dei sussidi promozionali.

In questo senso il Governo viene incaricato di sottoporre tempestivamente un adeguamento dell'art. 28 LGE al Gran Consiglio per eliminare gli ostacoli normativi nel programma di promozione nel settore degli impianti per la produzione di calore e di attivare sussidi promozionali adeguati a favore della produzione di calore rinnovabile anche per le realizzazioni di cluster già nella prima tappa del piano d'azione «Green Deal per i Grigioni».

Coira, 8 dicembre 2021

Wilhelm, Maissen, Marti, Atanes, Baselgia-Brunner, Berther, Berweger, Bigliel, Brandenburger, Buchli-Mannhart, Cahenzli-Philipp, Caluori, Casty, Casutt-Derungs, Caviezel (Coira), Clalüna, Cramerì, Danuser, Degiacomi, Deplazes (Rabius), Dürler, Ellemunter, Engler, Epp, Favre Accola, Florin-Caluori, Flütsch, Föhn, Gartmann-Albin, Geisseler, Gort, Grass, Gugelmann, Hardegger, Hartmann-Conrad, Hofmann, Hohl, Holzinger-Loretz, Horrer, Jochum, Kappeler, Kasper, Kienz, Koch, Kunfermann, Kuoni, Lamprecht, Loepfe, Loi, Michael (Castasegna), Mittner, Müller (Felsberg), Müller (Susch), Natter, Niggli (Samedan), Noi-Togni, Papa, Paterlini, Perl, Preisig, Rettich, Rüegg, Rutishauser, Sax, Schmid, Schutz, Schwärzel, Tanner, Thomann-Frank, Thür-Suter, Tomaschett (Coira), Tomaschett-Berther (Trun), Ulber, Valär, von Ballmoos, Waidacher, Widmer (Felsberg), Widmer-Spreiter (Coira), Wieland, Brändli Capaul, Conrad-Roner, Fasani-Horath, Fetz, Pajic, Spadarotto, Stocker